

Stand: 06.06.2026 10:15:40

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/18248

"Keine Ausweitung von Eurozone und Schengenraum"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/18248 vom 26.09.2017
2. Beschluss des Plenums 17/18290 vom 27.09.2017
3. Plenarprotokoll Nr. 111 vom 27.09.2017



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Thomas Kreuzer, Karl Freller, Josef Zellmeier, Dr. Florian Herrmann, Dr. Franz Rieger, Peter Winter, Martin Bachhuber, Petra Dettenhöfer, Alex Dorow, Norbert Dünkel, Wolfgang Fackler, Alexander Flierl, Max Gibis, Hans Herold, Dr. Martin Huber, Alexander König, Harald Kühn, Manfred Ländner, Otto Lederer, Ludwig Freiherr von Lerchenfeld, Andreas Lorenz, Dr. Hans Reichhart, Heinrich Rudrof, Alfred Sauter, Martin Schöffel, Thorsten Schwab, Reserl Sem, Klaus Stöttner, Jürgen Ströbel, Walter Taubeneder, Peter Tomaschko, Ernst Weidenbusch, Georg Winter, Mechthilde Wittmann und Fraktion (CSU)**

Keine Ausweitung von Eurozone und Schengenraum

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, den Plänen des EU-Kommissionspräsidenten Jean-Claude Juncker zu einer raschen Ausweitung von Eurozone und Schengenraum entschieden entgegenzutreten und sich weiterhin für den Schutz der Außen- und Binnengrenzen einzusetzen, um die Sicherheit der Bevölkerung zu gewährleisten.

Begründung:

Den Vorschlägen des EU-Kommissionspräsidenten Jean-Claude Juncker in seiner Rede vom 13.09.2017 zur Lage der Union 2017 („Den Wind in unseren Segeln nutzen“) kann in der jetzigen Lage nicht zugestimmt werden. So ist der Vorstoß einer Ausweitung von Eurozone und Schengenraum mit aller Entschiedenheit abzulehnen; dieser läuft v. a. auch den bayerischen (Sicherheits-)Interessen zuwider.

Europa stellt sich seit Jahren den Herausforderungen einer zu schnellen Ausweitung sowohl der Eurozone als auch des Schengenraums. Weder in der Eurozone noch im Schengenraum erfüllen alle Staaten die geltenden Voraussetzungen.

Die Euro-Krise ist bislang nicht überwunden. Das Beispiel Griechenlands zeigt, dass Europa erst am Anfang einer finanziellen Gesundung steht. Die Aufnahme Bulgariens und Rumäniens zum jetzigen Zeitpunkt würde den Euro abschwächen. Es besteht Eignigkeit, dass der Euro von wirtschaftlichen Kriterien getragen sein muss.

Die europäischen Außengrenzen sind bis heute nicht lückenlos gesichert. Es gibt Länder, die nicht fähig oder gewillt sind, ihre Außengrenzen ordentlich zu schützen. Um dem gestiegenen Sicherheitsbedürfnis vieler Menschen gerecht zu werden und um die Bevölkerung zu schützen, bedarf es neben einem wirksamen Schutz der Außengrenzen daher auch weiterhin der wieder eingeführten Binnengrenzkontrollen. Eine Ausweitung in der jetzigen Situation und unter den aktuellen Gegebenheiten ist nicht zielführend und gefährdet letztlich die Sicherheit der europäischen Bevölkerung.



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Thomas Kreuzer, Karl Frel-ler, Josef Zellmeier, Dr. Florian Herrmann, Dr. Franz Rieger, Peter Winter, Martin Bachhuber, Petra Dettenhöfer, Alex Dorow, Norbert Dünkel, Wolfgang Fackler, Alexander Flierl, Max Gibis, Hans Herold, Dr. Martin Huber, Alexander König, Harald Kühn, Manfred Ländner, Otto Lederer, Ludwig Freiherr von Lerchenfeld, Andreas Lorenz, Dr. Hans Reichhart, Heinrich Rudrof, Alfred Sauter, Martin Schöffel, Thorsten Schwab, Reserl Sem, Klaus Stöttner, Jürgen Ströbel, Walter Taubeneder, Peter Tomaschko, Ernst Weidenbusch, Georg Winter, Mechthilde Wittmann** und **Fraktion (CSU)**

Drs. 17/18248

Keine Ausweitung von Eurozone und Schengenraum

Die Staatsregierung wird aufgefordert, den Plänen des EU-Kommissionspräsidenten Jean-Claude Juncker zu einer raschen Ausweitung von Eurozone und Schengenraum entschieden entgegenzutreten und sich weiterhin für den Schutz der Außen- und Binnengrenzen einzusetzen, um die Sicherheit der Bevölkerung zu gewährleisten.

Die Präsidentin

I.V.

Reinhold Bocklet

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures

Abg. Dr. Martin Huber

Abg. Christine Kamm

Abg. Hubert Aiwanger

Abg. Georg Rosenthal

Staatsministerin Dr. Beate Merk

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Nun rufe ich zur gemeinsamen Beratung auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Karl Freller, Josef Zellmeier u. a. und Fraktion (CSU)

Keine Ausweitung von Eurozone und Schengenraum (Drs. 17/18248)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christine Kamm u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Europa zusammenführen, das Vereinte Europa stärken (Drs. 17/18268)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Schengenraum und Eurozone schützen: Bayerns Möglichkeiten ausschöpfen (Drs. 17/18269)

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache. Erster Redner ist Herr Kollege Dr. Martin Huber.

Dr. Martin Huber (CSU): Sehr geehrte Frau Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen! Wir haben damit begonnen, das europäische Dach zu reparieren. Wir müssen das europäische Haus jetzt fertigstellen, da die Sonne scheint und solange sie scheint. Das hat Jean-Claude Juncker in seiner Rede zur Lage der Europäischen Union gesagt.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Da war er nicht nüchtern!)

Die Menschen nehmen die Situation der Europäischen Union in meinen Augen aber völlig anders wahr. Sie haben das Gefühl, dass es dem europäischen Haus am Fundament fehlt, ja, dass es manchmal weniger ein Haus ist, sondern oftmals eher einem Luftschloss gleicht.

Lassen Sie mich eines klar sagen: Natürlich stehen wir zu dem einzigartigen Friedens- und Freiheitsprojekt der Europäischen Union. Die Zusammenarbeit in der Europäischen Union ist für uns nichts anderes als die Lehre aus der Geschichte. Genau deswegen ist für uns auch klar: Wir stehen zu Europa, und wir stehen zur Europäischen Union. Wir müssen die Europäische Union wieder besser machen, damit sie Vertrauen bei den Menschen zurückgewinnt. Die Europäische Union muss endlich auch die richtigen Prioritäten setzen.

Da gilt es jetzt eben nicht, weitere Erweiterungsfantasien zu fabrizieren, sondern die EU in ihrem Bestand zu konsolidieren. Wir müssen auch schauen, was den Menschen auf den Nägeln brennt. Das vordergründige Problem hierbei ist doch nicht, dass es noch nicht genug Länder im Schengenraum gibt, nein, die Außengrenzen sind jetzt schon nicht ausreichend geschützt. Wir können doch in dieser Situation nicht noch mehr Länder in den Schengenraum aufnehmen, die wieder nicht in der Lage sind, unsere Außengrenzen ausreichend zu schützen. Die Europäische Union muss das Problem der Außengrenzen ganz prioritär angehen.

(Markus Rinderspacher (SPD): Das weiß doch auch jeder!)

Solange Schengen nicht funktioniert, kann Schengen auch nicht erweitert werden. Präsident Juncker hat seine Forderung nach der Ausweitung des Schengenraums nicht einmal näher begründet. Er hat ohne nähere Begründung gefordert, den Schengenraum für Rumänien und Bulgarien unverzüglich zu öffnen.

(Markus Rinderspacher (SPD): Anträge! "Unverzüglich" hat er nicht gesagt!)

– Herr Kollege Rinderspacher, von Ihrer Seite sind ja auch schon Anträge gestellt worden, die mehr Umverteilung in Richtung Rumänien und Bulgarien forderten, weil die Menschen dort in einer schwierigen sozialen Lage seien und diese Länder Schwierigkeiten in ihren Strukturen haben. Im Übrigen kommt die Armutsmigration nach Deutschland hauptsächlich auch aus diesen Ländern. Deshalb ist es mir unerklärlich, wie diese Länder die finanziellen und organisatorischen Mittel aufbringen sollen, um

die Außengrenzen des Schengenraums besser schützen zu können. Hinzu kommen die Nachrichten, wonach die Migranten neuerdings den Weg über das Schwarze Meer suchen. Eine Ausweitung des Schengenraums um Rumänien und Bulgarien wäre zum jetzigen Zeitpunkt unverantwortlich und ist unter keinen Umständen zu akzeptieren.

Lassen Sie uns noch einmal auf die Situation während des Flüchtlingsstromes 2015/2016 schauen. Hat Schengen damals funktioniert? – Vor drei Jahren haben wir gemerkt, für wie viele Probleme Schengen gesorgt hat. Sollte unsere Antwort nun wirklich sein, dass der Schengenraum größer werden muss? – Das ist doch grotesk. Bayern hat die richtigen Schlüsse aus dem Jahr 2015 gezogen. Wir haben die Schleierfahndung massiv ausgeweitet. Wir haben nach harter Arbeit mit dem bisherigen Koalitionspartner in der Bundesregierung auch die Grenzkontrollen eingeführt. Wir stehen dafür, dass die Schleierfahndungen und die Grenzkontrollen innerhalb des Schengenraums weiterhin aufrechterhalten werden.

Die Zahlen geben uns auch recht. Allein von Januar bis Juli 2017 hat die Polizei an den Grenzübergängen auf der A 8, der A 3 und der A 93 über 2.000 Personen aufgegriffen, die unerlaubt einreisen wollten. Außerdem wurden 165 Schleuser festgesetzt. Zusätzlich hat die Polizei über 1.200 Straftaten von Passfälschungen bis hin zu Diebstählen und Rauschgiftdelikten aufgeklärt. Hinzu kamen über 6.000 Personen, nach denen aus den verschiedensten Gründen polizeilich gefahndet wurde. Diese Zahlen sprechen für sich. Sie deuten auch darauf hin, dass die Grenzkontrollen an den EU-Außengrenzen in keiner Weise zufriedenstellend sind. Solange dies der Fall ist, müssen die Binnengrenzkontrollen aufrechterhalten werden. Dieses Vorgehen ist im Übrigen auch höchstrichterlich bestätigt worden und nach dem geltenden Recht möglich. In so einer Situation kann es nicht sein, dass weitere Länder in den Schengen-Raum aufgenommen werden. Das Gleiche gilt übrigens auch für die Erweiterung der Eurozone.

Schauen wir uns die aktuelle Lage einmal an: Bulgarien, Kroatien, Polen, Rumänien, Tschechien und Ungarn erfüllen die Konvergenzkriterien nicht. Juncker schlägt ein so-

genanntes Euro-Vorbereitungsinstrument vor, das diesen Ländern finanzielle Heranführungshilfen bietet. Das erweckt den Eindruck, als gäbe es bislang keine Instrumente, um Strukturschwächen in der EU zu beheben. Genau das ist aber falsch. Wir haben in der Europäischen Union die Instrumente, um die Strukturschwächen zu beheben. Die EU stellt in der Regional- und Kohäsionspolitik in der aktuellen Förderphase bis zum Jahr 2020 rund 352 Milliarden Euro zur Verfügung. Das Geld ist auf den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung mit circa 277 Milliarden Euro und den Kohäsionsfonds mit etwa 75 Milliarden Euro aufgeteilt. Daneben stellt der Europäische Sozialfonds rund 120 Milliarden Euro zur Verfügung. Auch in der Europäischen Jugendinitiative werden 7,5 Milliarden Euro zur Verfügung gestellt. 26 Milliarden Euro gibt es über den Europäischen Fonds für strategische Investitionen. In der Summe sind dies über 500 Milliarden Euro zur Bekämpfung der strukturellen Unterschiede. Es gibt auch noch den sogenannten Juncker-Fonds, mit dem durch einen Beitrag der Europäischen Investitionsbank in Höhe von 7,5 Milliarden Euro weitere Investitionen in Höhe von 500 Milliarden Euro generiert werden können.

Diese Gelder sind dafür da, damit die Länder die Kriterien erfüllen können. Wie bereits erwähnt, sind diese Gelder ausreichend. Wenn 500 Milliarden Euro nicht ausreichen, dann liegt das nicht am Geld, dann liegt der Fehler woanders. Europa leidet zum Teil bis heute an einer zu schnellen Ausweitung der Eurozone, wie sie in der Vergangenheit geschehen ist. Länder, die die Kriterien über Jahre hinweg nicht erfüllt haben, waren eine Ursache für die Eurokrise. Aus diesen Fehlern müssen wir lernen. Wir müssen erst die Probleme lösen, die momentan in der Eurozone bestehen. Anschließend können wir über weitere Aufnahmen nachdenken. Italien und Spanien sind noch nicht vollständig über den Berg. Auch Griechenland bleibt ein Sorgenkind.

Die Wirtschaftskraft in den Ländern der Eurozone muss dauerhaft stabil sein, und das Wachstum muss weiter nach oben gearbeitet werden. Langfristig sollen weitere Länder eine Beitrittsperspektive haben, aber nur, wenn sie die Kriterien erfüllen. Wir brau-

chen kein Europa der Fantasten. Wir brauchen ein Europa der Realisten. Deshalb ist unsere Haltung klar: keine Ausweitung von Eurozone und Schengenraum.

(Beifall bei der CSU)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Als nächste Rednerin hat Frau Christine Kamm das Wort.

Christine Kamm (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen der CSU, wir fordern Sie auf: Hören Sie damit auf, europafeindliche Ressentiments zu schüren. Dies schadet Europa. Dies schadet unserer Zukunft, und es schadet auch den Menschen in Bayern. Und es zahlt sich für Sie, wie Sie letzten Sonntag bemerkt haben dürften, nicht einmal an der Wahlurne aus.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir fordern Sie auf: Verweigern Sie sich nicht länger einer Mitarbeit an einem Europa für morgen. Ich bitte Sie: Führen Sie die Debatten, die Sie bisher geführt haben, beispielsweise mit Jean-Claude Juncker, mit Herrn Oettinger oder mit der ÖVP-Fraktion im Europaparlament. Auffallend ist, dass hier in Bayern völlig andere Töne als auf Europaebene angeschlagen werden. Erkennen Sie zumindest an, dass das, was EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker in seiner Rede vom 13.09.2017 zur Lage der Union mit dem Titel "Den Wind in unseren Segeln nutzen" zum Schengenraum und zur Eurozone ausführte, nichts anderes ist, als die Beschreibung der derzeit geltenden Rechtslage.

(Beifall bei den GRÜNEN – Zuruf von der SPD: Richtig! Das stimmt!)

Die Rechtslage lautet: Wer die Kriterien erfüllt, hat das Recht beizutreten und soll auch beitreten dürfen. Eine Erweiterung des Schengenraums um Staaten, die letztendlich etwas abrunden, und um Staaten, die die Beitrittskriterien erfüllen, ist durchaus auch im Interesse unserer Sicherheit und der Sicherheit Europas. Es macht keinen Sinn, in

Europa eine gespaltene Sicherheit zu haben. Wer die Kriterien erfüllt, soll beitreten dürfen. Ich denke, es wäre sinnvoll, Herrn Juncker einmal in den Bayerischen Landtag einzuladen, um diese Fragen zu diskutieren. Vielleicht wäre es auch sinnvoll, Herrn Oettinger einzuladen, um mit ihm zu sprechen. Herr Oettinger wird etwas ganz anderes sagen als das, was Sie hier erzählen. Sie werden dann ein Problem haben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ihr Antrag zeigt, dass Sie nicht an einem Europa für morgen mitarbeiten wollen. Sie wollen lediglich die gegenwärtige Verfassung Europas infrage stellen. Dabei müssten auch Sie wissen, dass nur ein starkes, gefestigtes und vereintes Europa die zukünftigen Herausforderungen stemmen kann. Die zukünftigen Herausforderungen sind: die Klimakrise, Fragen der Migration, Fragen der Globalisierung, Fragen der Steuerkriminalität großer und international agierender Konzerne, Fragen der inneren Sicherheit und der Bekämpfung des Terrorismus, Fragen der Fluchtursachen und deren Bekämpfung. Dies alles bewältigen nur wir gemeinsam und geeint und nicht im Isolationismus.

(Beifall bei den GRÜNEN und des Abgeordneten Markus Rinderspacher (SPD))

Wir brauchen eine Verbesserung der Zusammenarbeit in Europa, das heißt eine Verbesserung der Zusammenarbeit der unterschiedlichen europäischen Staaten, um unsere Probleme, die wir in Europa haben, besser bekämpfen zu können. Es sind Probleme beispielsweise des steigenden Gefälles zwischen Arm und Reich zwischen den Ländern und auch innerhalb der Länder.

Ich habe gestern Abend einen erschütternden Bericht über die Situation armer Menschen in Ungarn gesehen und über die Art und Weise, wie dieser Staat Ungarn mit diesen armen Menschen umgeht. Sie können sich nicht vorstellen, welche Gesetze dort mittlerweile herrschen. Ich bitte Sie, arbeiten Sie mit denen mit, die die Probleme nicht wegdrücken wollen, die Arme nicht ausgrenzen wollen, sondern mit denen, die die Probleme überwinden wollen. Solche Akteure gibt es Gott sei Dank in Europa mehrere. Es ist sinnvoll, jetzt darüber nachzudenken, wie man mit der Verbesserung

von Bildung und der Verbesserung der Grundlage für Innovationen in Europa, einer Verbesserung der Innovationskraft in Europa an der Stärkung Europas arbeiten kann.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Mit Ihrem Antrag machen Sie Europa nicht krisenfester und nicht sicherer und nicht besser. Die strukturellen Unterschiede in Europa abzubauen, muss aber auch in unserem Interesse liegen. Das geht bei Ihrem Isolationismus nicht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke sehr. – Nächster Redner ist der Kollege Aiwanger. Bitte sehr.

Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Fragen, wie wir mit dem Schengenraum und wie wir mit dem Euro umgehen und was wir zu dem sagen, was die politischen Eliten hier in Europa abliefern, haben Sie in Ihren Anträgen thematisch zu fassen versucht.

Gleich vorneweg Folgendes: Unser Antrag zielt darauf ab, das zu tun, was Bayern tun könnte. Natürlich ist es wichtig, auch an Europa herumzukritisieren. Aber ich frage lieber, welche Möglichkeiten wir haben.

Erster Punkt. Wir müssen im Bereich der Grenzen die Schleierfahndung intensivieren. Das sagt Ihnen die Grenzpolizei, und das sagen Ihnen die Menschen vor Ort. Sie fordern zwei- bis dreihundert Personen mehr, um auch nachts flächendeckend Streife fahren zu können. Diese Zahl habe ich mir nicht aus dem Finger gesaugt, sondern sie stammen von einem Polizisten, der mit dieser Sache zu tun hat. Bayern müsste hier mehr Personal liefern, um wenigstens hinter der Grenze diejenigen abzufangen, die über die Grenze kommen.

Zweiter Punkt. Da bedauere ich, dass der Innenminister und der Herr Ministerpräsident nicht da sind. Ich hätte beide gefragt, was sie in die Wege geleitet haben, um die

Grenzkontrollen im deutsch-österreichischen Grenzgebiet verlängern zu dürfen. Damals war der Aufschrei aus Bayern berechtigt, als es hieß, zum November werden die Grenzkontrollen beendet. Dann kam relativ überraschend von einer EU-Sprecherin die Aussage, es müsste eben ein Antrag auf Verlängerung gestellt werden. Die machen das nicht von sich aus, sondern wir als Bayern müssen im Zusammenwirken mit der Bundesrepublik beweisen, dass hier weiterhin Gefahr im Verzug droht. Wir müssen beweisen, dass hier Gefahr für die innere Sicherheit droht, und dann müssen wir diese Zahlen melden und müssen versuchen, Zustimmung dafür zu erhalten, dass die Grenzkontrollen, die unzweifelhaft wichtig sind, erhalten bleiben. Es geht nicht, nur in diese Richtung zu schimpfen; denn dann wird uns entgegengehalten, dass noch kein Antrag vorliegt. Soweit ich weiß, ist bis dato in Brüssel nichts eingegangen, was fundiert genug wäre, um zu beweisen, dass wir die Grenzkontrollen brauchen. Wir als Bayern müssen unsere Hausaufgaben machen. Das ist aber bisher in dieser Form nicht erfolgt.

Dritter Punkt. Auch die CSU-Abgeordneten in Berlin haben bis dato allen EU-Rettungsschirmen zugestimmt, die sie jetzt zu Recht als Destabilisierung des Euro in den Raum stellen. Wir sind dagegen, Rumänen und Bulgaren aufzunehmen. Sie haben es noch nicht im Kreuz. Wir können sie nicht in den Schengenraum aufnehmen, weil sonst nur die Außengrenzen bei Rumänien und Bulgarien überwunden werden müssten, wenn es um illegale Zuwanderer geht. Wir sind inhaltlich hier an Ihrer Seite, fordern aber, dass Sie das tun müssen, was Sie können. Sie müssen Ihren Abgeordneten in Berlin sagen, wie sie bei diesen Themen künftig abstimmen sollen.

Nun zur Personalie Juncker. Juncker wurde von der CDU/CSU mit vielen Vorschusslorbeeren ins Amt gehievt, zuförderst auch von Manfred Weber, EVP-Vorsitzender, der groß ankündigte, Juncker stehe für Stabilität. Das ist dann unter anderem auch vom Bundestagsabgeordneten Friedrich postuliert worden: Es sei eine neue Epoche mit Juncker, er genieße die volle Rückendeckung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Jetzt plötzlich hat sich dieser Juncker als ein Kuckucksei entpuppt. Er ist von Ihnen großge-

zogen worden, und jetzt kritisieren Sie zu Recht, wohin er sich entwickelt hat. Auch das gehört zur Wahrheit dazu, dass diese Personen, die uns heute aus dem Ruder laufen, von Ihnen eingesetzt und großgemacht worden sind. Jetzt aber haben sie anscheinend den Kontakt zur Realität verloren.

Es ist ganz klar: Wir müssen hier sensibel vorgehen. Ein blindes Draufhauen hilft nicht. Kritisieren Sie Ihre eigenen Leute, und machen Sie Ihre Hausaufgaben. Stellen Sie das zu Recht an den Pranger, was geändert werden muss. Kümmern Sie sich um das Thema Schleierfahndung, und bemühen Sie sich um einen Antrag in Richtung Brüssel, der einfordert, die Grenzkontrollen zwingend weiterzuführen. Das sagt Ihnen ja auch die Polizei vor Ort. Wir haben die Zugriffszahlen, die eindeutig beweisen, dass das sinnvoll ist.

Ich würde es geradezu als Einladung an die Schleuser ansehen, wenn die Grenzkontrollen aufgehoben würden. Die Schleuser würden dann auf freie Fahrt spekulieren. Sie werden es wieder probieren und werden wieder mehr Menschen finden, die bereit sind, sich einen Schleuser zu kaufen und den Weg über das Mittelmeer zu gehen.

Bayern muss an der bayerisch-österreichischen Grenze also das tun, was es tun kann. Das tut es bis dato nicht. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke sehr. – Nächster Redner ist der Kollege Rosenthal.

Georg Rosenthal (SPD): Sehr geehrte Frau Landtagspräsidentin, meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen! Wir haben es mit einem Dringlichkeitsantrag der CSU zu tun mit der Überschrift: "Keine Ausweitung von Eurozone und Schengenraum". Wenn man sich die Verträge zur Eurozone anschaut, stellt man sehr schnell fest: Maastricht und Amsterdam sind Verträge, nach denen diejenigen, die die Kriterien erfüllen, verpflichtet und berechtigt sind, in die Eurozone aufgenommen zu werden. Ich

denke, dass auch die CSU-Fraktion diese Verträge nicht infrage stellen möchte, sondern die Erfüllung dieser Verträge allen Vertragspartnern zubilligt.

Wenn man sich Ihren Antrag genau anschaut und vor allen Dingen die Sprache wahrnimmt, insbesondere die Ergänzungen, bemerkt man, dass hier von rascher Ausweitung die Rede ist, der man entschieden entgegenzutreten müsse, und dass es gelte, sich weiterhin für den Schutz der Außen- und Binnengrenzen einzusetzen.

Wenn man sich daraufhin die Juncker-Rede ansieht, wird man feststellen: Das ist eigentlich genau das, was Jean-Claude Juncker gesagt hat. Es ist genau das, was er will. Er will Europa und der europäischen Idee neues Leben einhauchen. Wenn man nun die Vorschläge betrachtet, die Sie uns hier in einem Dringlichkeitsantrag präsentieren, stellt man schnell fest: An diesem gemeinsamen europäischen Haus möchten Sie mit diesem Dringlichkeitsantrag im Augenblick nicht bauen.

(Beifall bei der SPD)

Wenn man sich dann auch noch die gestrige Rede von Macron zu Gemüte führt, stellt man sehr schnell fest, dass die regionale Partei CSU ganz weit von der europäischen Idee entfernt ist.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Es geht um Aktivitäten, mit denen wir neues europäisches Leben gewinnen und den Menschen wieder Hoffnung und Zukunft geben. Mit dem, was Sie uns in Ihrem Dringlichkeitsantrag präsentieren, geben Sie keine Hoffnung und auch keine Richtung an. Sie geben auch keine Visionen für ein Europa, damit wir, die Bundesrepublik Deutschland, gemeinsam mit Frankreich am europäischen Haus bauen können. Sie verbauen sehr viel und möchten eigentlich, dass alles so bleibt. Gleichzeitig haben wir uns aber verpflichtet, einen europäischen Binnenmarkt zu schaffen. Wir haben uns verpflichtet, dass wir die sozialen Probleme in Europa, die wir schon kannten, gemeinsam überwinden und in Solidarität auch den Ländern beistehen, die unserer Hilfe bedürfen.

Wenn man sich die Rede von Juncker genau durchliest, wird man bei den Aussagen zum Schengenraum sehr schnell feststellen, dass die Erweiterung des Schengenraums bei Jean-Claude Juncker deswegen einen ganz wesentlichen Schwerpunkt bildet, weil wir nach seinen Worten auch die Außengrenzen von Bulgarien und Rumänien benötigen, wenn wir die Außengrenzen Europas sicher gestalten wollen. Gleichzeitig ist er sich dessen bewusst, welche Schwierigkeiten damit verbunden sind; denn er bietet Hilfe an, die man im Frontex-Vertrag, wenn man ihn genau durchliest, auch findet. Die Bundesregierung hat diesen Ländern auch Hilfe angeboten, und darauf haben wir uns gemeinsam verständigt.

Es geht an dieser Stelle nicht nur um die Worte, die mich erschrecken. Es geht um den Geist, den dieser Dringlichkeitsantrag atmet. Er atmet viel Vergangenheit, viel Rückwärtsgewandtheit, aber wenig Perspektive. So gewinnen wir im Prinzip kein Europa, das wir gerechter machen wollen, in dem wir die Werte Solidarität und Freiheit gemeinsam vertreten und in Verträge gegossen haben. Wir werden nicht auf Augenhöhe mit allen anderen Partnern dieses Haus weiterbauen können, weil sie sehr schnell verstehen werden, dass wir nicht bereit sind, aus unserer wirtschaftlichen Stärke heraus und wegen des europäischen Nutzens, den wir genießen, an einem gemeinsamen solidarischen Haus Europa weiterzubauen. Macron ist uns an dieser Stelle meilenweit voraus. Ich hoffe, dass die zukünftige Bundesregierung sich eher von einem Präsidenten leiten lässt, der Deutschland die Hand reicht, der Deutschland verpflichtet und der die großen Themen, über die im europäischen Haus, aber auch in Deutschland diskutiert werden muss, auf die Agenda Europas und Frankreichs setzt und der uns damit eigentlich zwingt, dass wir uns zu diesen Themen äußern.

Warum sollte der Euro zum jetzigen Zeitpunkt abgeschwächt werden? – Wenn man die Rede von Juncker an dieser Stelle durchliest, wird man sehr schnell feststellen, dass er sagt: Diese Länder müssen die Kriterien für den Euro erst erfüllen. Was spricht denn dagegen, dass sie der Eurozone beitreten, wenn sie die Kriterien erfüllen? – Nichts spricht dagegen. Die Verträge verpflichten uns sogar dazu, dass wir

diese Länder dann in den Euroraum aufnehmen. Da frage ich mich, was Sie mit dieser Aussage wollen. Sie wollen sicherlich nicht mit uns gemeinsam am europäischen Haus weiterbauen. Sie wollen sicherlich nicht, dass die Länder verstehen, die Bundesrepublik Deutschland als eine starke Wirtschaftsmacht sei bei der Entwicklung und Vorwärtsentwicklung der europäischen Werte an ihrer Seite. Diese Werte gelten nicht nur für die Bundesrepublik Deutschland, sondern für alle Mitgliedsländer und für alle Bürgerinnen und Bürger, die in Europa leben. Das wird beachtet.

(Beifall bei der SPD)

Die Europaministerin Frau Dr. Merk hat heute zur Rede von Macron gesagt: Deutschland und Frankreich müssen noch stärker Taktgeber in Europa werden. Dazu sage ich, das ist richtig. Aber damit wird sofort eingegrenzt, dass deutsche und bayerische Grundinteressen zu wahren sind. Was sind denn unverzichtbare deutsche und bayerische Grundinteressen? – Sie sind doch hoffentlich die Freiheit und die Solidarität, um das Friedensprojekt Europa gemeinsam weiterzubauen. Hoffentlich ist dabei auch von allen Staaten Europas die Rede. Nur dann wird das europäische Haus ein sicheres Haus sein, wenn die anderen Staaten sich in ihrer Identität und ihren Interessen an dieser Stelle wiederfinden.

(Beifall bei der SPD)

Sie erwarten, dass eine starke Wirtschaftsmacht, die von Europa großen Nutzen hat, die vom Binnenmarkt am meisten profitiert, deren Arbeitsplätze vom Binnenmarkt abhängen und in der die Nachfrage auch von den Krediten, die diesen Ländern gewährt werden, initiiert wird, bereit ist, die Hand zu reichen. Das vermisse ich in Ihrem Dringlichkeitsantrag, und deshalb können Sie auch nicht erwarten, dass wir ihn unterstützen.

(Beifall bei der SPD)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Nächste Rednerin ist Frau Staatsministerin Dr. Merk.

Staatsministerin Dr. Beate Merk (Europaangelegenheiten): Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! 2018 wird ein Jahr äußerst wichtiger Weichenstellungen für Europa sein. Die Rede von Kommissionschef Juncker am 13. September zur Lage der Europäischen Union und ebenso die gestrige Rede des französischen Präsidenten bilden dazu den Auftakt. Sie haben gute und wichtige Vorschläge gemacht, sie haben aber auch zum Teil sehr spektakuläre und bunte Visionen gebracht.

Die Zeit für eine neue Auseinandersetzung darüber, welches Europa wir eigentlich wollen, ist jetzt. Wir spüren einerseits, dass es vor dem Hintergrund der Wahl in den Vereinigten Staaten, des Brexits und der unruhigen Situation der Welt insgesamt eine große Zahl von Menschen gibt, die so offen und positiv für Europa gestimmt ist, wie es schon lange nicht mehr der Fall war. Auch bei vielen Vertretern der Wirtschaft ist das so. Auf der anderen Seite gibt es immer noch zu viele Fragen, die in Europa offen sind, auf die Europa keine überzeugenden Antworten gegeben hat. Die Menschen erwarten von den Regierungen konkrete Lösungen in Europa. Sie wollen wissen, wie man mit den Themen Migration und Sicherheit umgeht. Sie alle wollen wissen, wie es mit dem Euro und mit der Außenpolitik etwa in der Frage des Umgangs mit Russland und der Türkei weitergeht. Das heißt, Europa muss liefern.

Eine rasche Ausweitung der Euro- und Schengenzone, wie sie Kommissionspräsident Juncker angesprochen hat, kann in Zeiten, in denen es um das Gegenteil, nämlich um Grenzsicherheit und Grenzsicherung geht, für uns kein Thema sein. Sie wird nicht so kommen, weil die Voraussetzungen dafür nicht erfüllt sind. Das hat die Bundesregierung klargestellt. Das haben im Übrigen die Mitgliedstaaten selbst bestätigt. Bei der Schengenzone geht es nicht nur um die Sicherung der Außengrenzen, sondern um viel mehr. Es geht um die Kooperation miteinander. Es geht um den Kampf gegen Korruption, um die Kriminalitätsbekämpfung und um viele Themen aus dem Bereich der

Justiz, bei denen man zusammenwirken muss und bei denen manche Staaten sagen, sie bräuchten dazu noch Zeit.

Den Menschen in Bayern müssen wir klipp und klar sagen, was es mit der Ausweitung der Euro- und der Schengenzone auf sich hat, bevor Verwirrung entsteht. Der heutige Dringlichkeitsantrag bietet dazu die Gelegenheit. Ich danke dafür der Fraktion.

Herr Aiwanger, Sie haben die Grenzkontrollen angesprochen. Sie haben gefragt, ob wir unsere Hausaufgaben erledigt haben. Bayern kann nicht selbst diesen Antrag in der Europäischen Union stellen.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Sie können aber im Bund darauf hinwirken!)

Sie wissen, dass wir erst vor Kurzem sehr klar und deutlich darauf hingewiesen haben, dass auch in der weiteren Zukunft diese Grenzen mit Kontrollen belegt sein müssen, dass es anders nicht geht. Die Kommission hat uns gesagt, für eine wasser-dichte Entscheidung braucht man bei den Verordnungen Änderungen. Sie hat uns heute Vorschläge dazu gemacht, wie diese Änderungen aussehen könnten. Es ist bei der Kommission ganz klar, dass wir damit unsere Anträge stellen können. Im Übrigen sind das nicht nur Anträge aus Deutschland; auch andere Länder wollen temporäre Grenzkontrollen haben. Momentan werden dafür also die Voraussetzungen geschaffen, und wir stehen Gewehr bei Fuß, dann auch die Anträge zu stellen

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Sie haben eine gewisse Hoffnung, dass da was geht?)

Herr Aiwanger, Ihre Hoffnung werden wir erfüllen. Das wird nicht immer so sein, aber in diesem Fall kann ich Ihnen das versichern. Nun sollten wir uns mit diesem Thema nicht länger aufhalten, sondern sollten noch schauen, was für Europa insgesamt nötig ist. Ich nenne dazu einige wesentliche Punkte.

Erstens. Die Zuwanderung muss geregelt und vor allen Dingen begrenzt werden. Ich sage es noch einmal: Dazu brauchen wir wirksame Kontrollen an der Außengrenze.

Dazu brauchen wir außerdem die Bekämpfung der Fluchtursachen sowie eine ordentliche Lastenverteilung in Europa. Das sind Themen, an denen wir arbeiten müssen. Die Zusammenarbeit muss sowohl bei der inneren als auch bei der äußeren Sicherheit vertieft werden. In diesem Zusammenhang müssen wir an Themen wie Datenaustausch und an weitere, noch intensivere polizeiliche Zusammenarbeit denken.

(Beifall bei der CSU)

Zweitens. Wir brauchen in Europa eine dynamische und digitale Wirtschaft. Dazu bedarf es einer Stabilisierung des europäischen Währungssystems. Dabei gelten die Grundsätze der Eigenverantwortung und der europäischen Solidarität. Eigenverantwortung heißt, es gibt mit uns keine Transferunion, es gibt keine Vergemeinschaftung von Schulden. Es gibt Solidarität dann, wenn entsprechende Voraussetzungen geschaffen worden sind und die Staaten sich dafür nach ihren Kräften auch einsetzen.

(Beifall bei der CSU)

Drittens. Der EU-Haushalt ab dem Jahr 2021 muss neu geordnet werden, und das stellt uns vor große Herausforderungen. Es geht um die Strukturförderung, es geht um die Mittel für die Landwirtschaft und Forschung. Diese Mittel müssen weiterhin den Kern bilden. Wir sagen, sie müssen allen Regionen zugutekommen. Auch Bayern! Genauso müssen sie aber auch unseren Freunden in Ost-, Mittel- und Südeuropa zugutekommen, die diese Mittel ebenso dringend brauchen, wie wir sie brauchen.

Viertens. Das Verhältnis zu Russland und zur Türkei muss außenpolitisch in vernünftige Bahnen gelenkt werden. Die kommenden Monate werden sowohl in Deutschland als auch mit den europäischen Partnern eine ganz intensive und auch harte Auseinandersetzung über den richtigen Weg bringen. Mit Interesse habe ich gestern dem französischen Präsidenten zugehört. Ich möchte dabei durchaus seinen Grundoptimismus und seine Leidenschaft würdigen. Diese Leidenschaft gehört dazu und ist auch wichtig. Das ist ein Thema, das uns zeigt: Wir müssen uns für Europa mit Herzblut einsetzen. Wir müssen uns anstrengen.

Herr Rosenthal, ich gebe ich Ihnen da vollkommen recht: Natürlich geht es einerseits darum, durch diese unwahrscheinliche Zusammenkunft von 27 oder 28 Staaten Frieden in den Regionen zu haben, andererseits auch darum, die Länder zu stärken, um gemeinsam Wohlstand zu erreichen. Dafür müssen wir uns mit allen Kräften einbringen.

Ich sage aber ganz klar, was ich nicht sehe: neue Steuern und neue Haushalte in Europa. Ich sehe auch keine neuen Zentralbehörden, keine neuen Institutionen, die wir aufbauen und die durch ihre großen Personalkörper sehr viel Geld kosten. Wenn man davon spricht, einige Prozent der Bruttoinlandsprodukte der Mitgliedstaaten als europäisches Budget zu veranschlagen, so geht es bereits um Hunderte von Milliarden Euro. Das sind Beträge, über die wir klipp und klar reden müssen, und wir müssen sagen, dass das so sicherlich nicht gehen kann. Davon ganz unabhängig sind die Behörden auch heute schon auf die Mitarbeit der nationalen Verwaltungen angewiesen, und das wäre dann auch künftig der Fall. Außerdem sehe ich auch keinen europäischen Sozialstaat, der den Menschen unhaltbare Versprechen macht.

Ich sage noch einmal: Wir halten uns an die Verträge, wir erwarten aber auch, dass Europa sich an die Verträge hält. Deswegen müssen wir uns über andere Mittel und Wege verständigen. Im Mittelpunkt muss der Respekt vor den eigenverantwortlichen Entscheidungen der Mitgliedstaaten stehen. Wir müssen uns von der Idee verabschieden, europäische Einheit erzwingen zu wollen, sei es durch europäische Institutionen, sei es durch zentrale Budgets oder Strafverfahren. Lösungen in wichtigen Fragen, etwa in der Flüchtlingsfrage, müssen auf politischem, das heißt vor allem auf diplomatischem Weg erzielt werden. Ich teile Herrn Macrons Motivation, seine Leidenschaft und seinen Einsatz mit Herzblut. Aber es geht nur auf dem von mir skizzierten Weg.

Dafür wird sich die Staatsregierung und werde ich mich in den kommenden Monaten einsetzen. Wir arbeiten an diesen Plänen aus unserer Sicht und werden diese dann auch diskutieren. Ich werde in der nächsten Woche in Frankreich sein, um mit den französischen Kollegen bereits die ersten Gespräche zu führen. Ich glaube, dass wir

damit auf einen guten Weg kommen werden. Es ist klar, dass es nicht leicht werden wird, aber es wird spannend werden. Ich denke, es wird Europa sehr guttun. – Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der CSU)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. Bitte verbleiben Sie am Rednerpult. Wir haben eine Zwischenbemerkung der Kollegin Kamm.

Christine Kamm (GRÜNE): Sie haben ausgeführt, dass Sie die Leidenschaft von Herrn Macron schätzen. Das ist sehr schön. Sie haben dann aber all das aufgeführt, was Sie an Europa nicht sehen. Somit bleibt die Frage offen, was Sie denn eigentlich sehen. Wo sind die Vorschläge? Wo sind Ihre Vorschläge für ein funktionierendes Europa von morgen? Das ist die erste Frage.

Das andere ist, wo Sie im Dringlichkeitsantrag der CSU-Fraktion einen Ansatz für ein Europa von morgen sehen. Weshalb tun Sie so, als gehe es darum, dass Bulgarien und Rumänien nächstes oder übernächstes Jahr in den Schengenraum kommen? Juncker hat nichts anderes gesagt, als dass er möchte, dass an den Kriterien und den Voraussetzungen gearbeitet wird. Es steht völlig außer Frage und wird von keinem von uns behauptet, derzeit seien die Kriterien für den Beitritt Rumäniens zum Schengenraum erfüllt. Aber Herr Juncker hat natürlich gesagt: Wenn die Kriterien erfüllt sind, haben sie das Recht zum Beitritt. Und dann sollen sie auch beitreten; denn das macht Sinn! Hier würde mich interessieren, weshalb Sie ständig so tun, als gehe es um den morgigen Beitritt des heutigen Rumänien oder des heutigen Bulgarien. Das hat Juncker niemals gesagt. Weshalb erzählen Sie hier in Bayern eine völlig andere Botschaft als Ihre Vertreter auf der europäischen Ebene?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Staatsministerin Dr. Beate Merk (Europaangelegenheiten): Liebe Frau Kamm, es ist immer etwas problematisch, wenn man von "immer" und von "ständig" spricht. Das würde ich an Ihrer Stelle nicht tun.

(Zuruf der Abgeordneten Christine Kamm (GRÜNE))

Es geht hier um etwas ganz Konkretes. Es geht darum, dass die Menschen in Deutschland im Moment in einer Situation von Angst und Sorge sind. Das liegt an verschiedenen Erfahrungen, die sie gemacht haben, vor allem auch solchen der Kriminalität in unserem Land. Wenn diese Menschen eine Rede hören, in der ein Präsident, zumal häufig durch mediale Berichterstattung verkürzt, davon spricht, dass man den Schengenraum bzw. den Euroraum erweitern solle, dann verstehen die Menschen nicht, was das bedeutet.

(Beifall bei der CSU – Zurufe der Abgeordneten Christine Kamm (GRÜNE))

– Frau Kamm, jetzt bin ich dran, bitte, Sie hatten jetzt Ihre Chance. Frau Kamm, wenn etwas in den Verträgen steht, warum muss man es dann permanent wiederholen? Ich dachte, dies sei eine Rede, die zeige, wohin sich Europa in der allernächsten Zeit entwickeln werde. Wir stehen selbstverständlich zu den Verträgen. Selbstverständlich stehen wir dazu, dass Länder, die die Voraussetzungen erfüllen und auch nachweisen können, das Recht zu bestimmten Dingen haben, etwa dazu, dem Euroraum oder dem Schengenraum beizutreten. Aber fragen Sie die Länder doch einmal: Wollen die das überhaupt? Das ist ja in aller Regel gar nicht der Fall. Ich meine deshalb, dass wir diese Länder zu diesem Glück nicht zwingen sollen. Stattdessen müssen wir sie dort beraten, wo sie Unterstützung brauchen, um die Voraussetzungen zu schaffen. Hier können wir ihnen sicherlich helfen, damit das klappt. Natürlich wäre es im Endeffekt für Europa schöner, wenn noch mehr Länder den Euro als Währung hätten. Wir sollten die Länder aber nicht zu ihrem Glück zwingen. Lassen wir ihnen die Möglichkeit, eigenverantwortlich zu entscheiden, wie und wann sie diese Anträge stellen.

(Beifall bei der CSU – Zuruf der Abgeordneten Christine Kamm (GRÜNE))

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Wir kommen jetzt zur Abstimmung. Dazu werden die Anträge wieder getrennt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der CSU-Fraktion auf der Drucksache 17/18248 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die CSU-Fraktion. Gegenstimmen? – Das sind die SPD-Fraktion und die Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Stimmenthaltungen? – Das ist die Fraktion der FREIEN WÄHLER. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag angenommen.

Ich komme jetzt zum Dringlichkeitsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 17/18268. Wer diesem Dringlichkeitsantrag seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD. Gegenstimmen? – Das sind die CSU-Fraktion und die Fraktion der FREIEN WÄHLER. Stimmenthaltungen? – Keine Stimmenthaltung. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der FREIEN WÄHLER auf Drucksache 17/18269 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die Fraktion der FREIEN WÄHLER. Gegenstimmen? – Das sind die CSU-Fraktion, die SPD-Fraktion und die Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Stimmenthaltungen? – Keine Stimmenthaltung. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Die Dringlichkeitsanträge auf den Drucksachen 17/18249 bis 17/18254 sowie auf den Drucksachen 17/18270 und 17/18271 werden in die zuständigen federführenden Ausschüsse verwiesen.

Damit sind wir am Ende der Tagesordnung. Ich schließe die Sitzung.

(Schluss: 20.11 Uhr)